

KMU

Insolvenzwellen durch Coronakredite? Unternehmen kämpfen mit der Rückzahlung



Während der Coronakrise bedienten sich viele Unternehmen an den besicherten Krediten. [Imago / Leopold Nekula/viennaerport](#)

29.07.2024 um 15:45

von **Susanne Bickel**



Die staatlich besicherten Kredite laufen demnächst aus. Laut einer Studie gibt fast die Hälfte der Unternehmen an, die Rückzahlungen nicht leisten zu können.

Im April 2020 stellte der Staat ein Hilfspaket auf, um die wirtschaftlichen Schäden der Coronakrise für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu begrenzen. Das Paket umfasste Garantien für Überbrückungskredite, die durch das **Austria Wirtschaftsservice (AWS)** in Zusammenarbeit mit Banken vergeben wurden. Diese Kredite wurden nur an Unternehmen mit einer positiven Eigenkapitalquote und einem positiven Cashflow ausbezahlt, die Ausfallgarantie übernahm das AWS, teils mit 80, 90 oder 100 Prozent. Nun, vier Jahre später, laufen viele der

Überbrückungskredite aus.

Die offiziellen Laufzeiten des Pakets wurden zwar für fünf Jahre bewilligt, doch in der Praxis vergaben die Banken meist konservativere Laufzeiten von bis zu vier Jahren. Während die Kredite 2020 eine Hilfe darstellten, sehen viele KMU ihre finanzielle Zukunft mittlerweile pessimistisch.

Umschuldung oft nicht möglich

Denn eine Studie des Finanzombudsteams, die der „Presse“ vorliegt, zeigt unter den 978 befragten KMU besorgniserregende Ergebnisse. Insgesamt gaben 758 der befragten Unternehmen an, seit April 2020 einen Kredit aufgenommen zu haben. Rund drei Viertel dieser Unternehmen nutzten staatlich garantierte Kredite über das AWS oder die Österreichische Hotel- und Tourismusbank (ÖHT). Ein Viertel der Unternehmen musste zusätzliche Kredite ohne Garantien aufnehmen. Fast die Hälfte der Unternehmen (43 Prozent) gibt an, ihre Kredite voraussichtlich nicht zurückzahlen zu können. Gerald Zmuegg, Geschäftsführer des Finanzombudsteams, kritisiert die zu kurzen Laufzeiten und die mittlerweile hohe Zinsbelastung. Die Kredite wurden so vergeben, dass zu Beginn ein tilgungsfreier Zeitraum von zwei Jahren mit Zinsen von maximal 0,75 Prozent - oft auch null Prozent - vorgesehen war. Danach wurden die Zinsen an den Drei-Monats-Euribor gekoppelt, was durch die gestiegenen Leitzinsen zu einer weiteren Belastung führte.

Banken würden einer Laufzeitverlängerung oder Umschuldung oft nicht zustimmen, sagt Zmuegg zur „Presse“, da die staatliche Sicherheit nur dann greift, wenn die Unternehmen im Insolvenzverfahren landen. 29 Unternehmen wurden bereits in Konkurs geschickt. Zmuegg geht deshalb auch davon aus, dass die vom KSV prognostizierten Firmenpleiten für 2024 nicht bei 6200, sondern deutlich darüber zu liegen kommen: „Im Worst Case liegen sie bei 10.000.“ (sub)

Lesen Sie mehr zu diesen Themen:

- [Österreich](#)
- [Economist](#)